



---

## **Für eine engagierte Aussenpolitik – für Demokratie, Menschenrechte und den Kampf gegen Armut**

Seit der Gründung des Roten Kreuzes im 19. Jahrhundert hat sich Genf zu einem Zentrum der weltweiten Diplomatie und Zusammenarbeit entwickelt. Mit 42 internationalen Organisationen, 177 diplomatischen Vertretungen und ungefähr 750 Nichtregierungsorganisationen ist Genf zur Hauptstadt des humanitären Engagements geworden, der Hauptstadt des Schutzes der Menschenrechte, der Abrüstung und der Migrationspolitik, aber auch des demokratischen Multilateralismus und der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Seit 2019 missachtet jedoch die Schweizer Aussenpolitik die Werte der internationalen Solidarität, der Förderung der Menschenrechte und des Kampfes gegen die Armut. Stattdessen dominieren wirtschaftliche und finanzielle Interessen. Am heutigen Parteitag wollen wir Position beziehen gegenüber dieser Politik, die im Widerspruch zu unseren sozialdemokratischen Werten steht.

**So möchten wir als Partei der Basis die Unterstützung der SP Schweiz für alle Aktivist:innen der sozialen Bewegungen bekräftigen, die in Genf Gerechtigkeit suchen.** Insbesondere auch für jene, die den demokratischen Wandel in Hong Kong, Tibet, Russland, der Türkei, Belarus, der Ukraine, Kasachstan, in Lateinamerika oder in Afrika mittragen. Wir verlangen eine aktivere Aussenpolitik im Interesse der Zivilgesellschaft.

**Als humanistische und internationalistische Partei verurteilen wir die Rückkehr zu einer Grossmachtpolitik im Stil des Kalten Krieges.** Die Machtdemonstrationen in Moskau, Peking oder Washington laufen dem Einsatz für einen internationalen Dialog zuwider, den unsere Diplom:innen und Delegierten leisten, um Konfliktsituationen und humanitäre Krisen zu meistern. Die Schweiz muss eine kohärente Politik betreiben, indem sie ihre Handelspolitik und ihre humanitären Bemühungen endlich in Einklang bringt.

**Schliesslich müssen wir als Partei, die sich aus Europäer:innen zusammensetzt, die europäische Ausrichtung der Schweiz bekräftigen.** Seit 20 Jahren hat die fremdenfeindliche Politik von rechts zu einer Neuausrichtung unserer Handelspolitik gegenüber den USA und China beigetragen. Doch diese Beziehungen sind asymmetrisch und damit unseren Interessen klar zuwiderlaufend. Sie verstärken das Erstarren einer Neutralität, die sich aktiv für die Menschenrechte einsetzen könnte.

Aus all diesen Gründen fordern wir vom Bundesrat, eine klare Position gegen die Einflusspolitik der Grossmächte einzunehmen und bei jeder möglichen Gelegenheit unsere Solidarität mit den Völkern der ganzen Welt zu bekräftigen. Wir fordern auch, alles zu unternehmen, um unsere Handelspolitik gegenüber den europäischen Nachbarn neu auszurichten, und wir fordern, im Kampf gegen die Untätigkeit keinen Millimeter nachzugeben.